Wiesbaden, 10. Mai 2017 / pma 1117

**ZZF fordert zur Bundestagswahl 2017, den Versandhandel mit Tieren zu regeln!**

**Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe e.V. (ZZF) fordert gemeinsam mit anderen Verbänden: Der Verkauf von Tieren an Privatpersonen über den Versandhandel (z.B. über das Internet) soll verboten werden.**

Anlässlich der Bundestagswahl 2017 appelliert der Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe e.V. (ZZF) an die im Bundestag vertretenen Parteien, den Versandhandel mit Tieren zu verbieten. Seine Tierschutz-Forderung wird unterstützt von der Bundestierärztekammer, dem Deutschen Tierschutzbund e.V., Pro Wildlife e.V. und TASSO e.V.

Der Verkauf von Tieren an Privatpersonen über den Versandhandel gefährdet das Tierwohl. Online-Käufer haben keine Möglichkeit, die Tiere vor der Anschaffung in Augenschein zu nehmen und können nicht fachkundig zu Haltung, Handling und Pflege beraten werden.

Darüber hinaus haben private Käufer auch bei im Versandhandel erworbenen Tieren ein generelles zweiwöchiges Rückgaberecht ohne Angabe von Gründen. Sie sind in der Regel jedoch nicht in der Lage, Tiere tierschutzgerecht zu verpacken und zu versenden.

Der Online- und sonstige Versandhandel mit Tieren an private Käufer soll deshalb verboten werden. Tiere dürfen im Internet und in anderen Medien angeboten werden. Aber sie sollten persönlich im Tierheim, bei Tierschutzorganisationen, im Zoofachmarkt oder in der Zuchtstätte des jeweiligen Anbieters übergeben werden. Dabei kann der Tierfreund sich von der Seriosität des Anbieters überzeugen und der Vermittler sichergehen, dass er das Tier in verantwortungsvolle Hände gibt.

Die Forderung wird von folgenden Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge) unterstützt:





**Pressekontakt:**

Antje Schreiber
Telefon 0611 447553-14

Marie-Christin Gronau
Telefon 0611 447553-15

presse@zzf.de